

Pressemitteilung
Aktionsbündnis 3. Oktober 2026

Demonstrationen in Berlin und Stuttgart

Friedensbewegung demonstriert laut und kraftvoll gegen aktuelle Kriege und drohende Eskalationen. Sie wendet sich gegen Hochrüstung, Wehrpflicht, die wachsende Militarisierung der Gesellschaft und sozialen Kahlschlag. Sie verlangt Diplomatie und Verständigung.

Über 20.000 Menschen in Berlin und 15.000 in Stuttgart gingen heute erneut für Frieden und Diplomatie, gegen Krieg und Hochrüstung auf die Straße und stellten sich hinter die Losung der Demonstrationen „Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg! – Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!“

Wie in den vergangenen Jahren wurde die Aktion von einem breiten Bündnis von über 300 Organisationen und Friedensgruppen getragen. Nach den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht und dem Aktionstag der Gewerkschaften gegen den Angriff der Regierung auf den Sozialstaat, protestierten die Demonstrierenden in Berlin und Stuttgart gegen die gefährlichen friedenspolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen: die immer weiter eskalierenden Kampfhandlungen im Ukrainekrieg, die aggressive Hochrüstung und die wachsende Gefahr eines großen, gar mit Atomwaffen geführten Krieges in Europa; Die Kriege im Nahen und Mittleren Osten und die weitere Demontage des Völkerrechts durch die westliche Unterstützung der US-amerikanischen und israelischen Aggressionen, waren ebenfalls Themen der Kundgebungen.

Die Rednerinnen und Redner wandten sich entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung, die Bundeswehr durch hunderte zusätzliche Milliarden für Rüstung und Militär zur stärksten konventionellen europäischen Armee in der NATO und Deutschland zur Führungsmacht in Europa machen zu wollen. Sie forderten Diplomatie statt Waffenlieferungen, Engagement für eine neue Friedensordnung, zurück zu den Zielsetzungen einer „gemeinsamen Sicherheit“.

Vertreter:innen der Jugendgruppen kündigten weiteren Widerstand gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Militarisierung der Gesellschaft an. Gewerkschafter verbanden Kritik an der Hochrüstung mit der Warnung, dass die horrenden Ausgaben und der Druck der Schulden zwangsläufig auf Kosten der sozialen Versorgung gehen und die soziale Spaltung vertiefen wird.

Mehrere Redner:innen verurteilten die Mitverantwortung Deutschlands am israelischen Völkermord in Gaza und verlangten die Einstellung der deutschen Unterstützung für Israels Aggressionen.

Bereits am Vortag nahmen viele überwiegend junge Menschen an einem Konzert am Brandenburger Tor gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Kriegsvorbereitungen teil.

Die Friedensbewegung wird ihre Aktionen in den kommenden Monaten und Jahren fortsetzen, sich der verantwortungslosen Politik der Konfrontation entgegenstellen und Alternativen aufzeigen zu Krieg und Hochrüstung.

Wir brauchen keine Kriegstüchtigkeit, sondern die Fähigkeit zum Frieden. Wir brauchen Diplomatie und Entspannungspolitik statt Eskalation und Demokratieabbau. Das ist das Fazit dieses Tages.